Antrag

der Abg. Dr. Ulrich Goll u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums der Justiz und für Europa

Haltung der Landesregierung zu Reservedienstleistungen – Inwieweit befürwortet sie Freistellungen für Wehrübungen?

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie Freistellungen für Wehrübungen in den Geschäftsbereichen des Justizministeriums und des Innenministeriums unter anderem in Umsetzung des Gesetzes über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst geregelt sind, zumindest unter Darstellung des Rechtslage und der jeweils über Freistellungen entscheidenden Stellen unter anderem im Justizvollzug;
2. welchen Stellenwert für sie Reservedienstleistungen haben;
3. inwieweit sie der Ansicht ist, dass Reservedienstleistungen über die dabei gesammelten Erfahrungen auch dem Dienstherrn in den beiden Geschäftsbereichen – dabei unter besonderer Aufführung des Justizvollzugs – zugutekommen;
4. wie sich die mögliche Wertschätzung der Reservedienstleistungen durch sie in ihren rechtlichen Regelungen, Hinweisen oder anderen Verlautbarungen ausdrückt;
5. wie viele Freistellungen wegen Wehrübungen im Geschäftsbereich des Justizministeriums und dabei unter besonderer Aufführung des Justizvollzugs in den letzten vier Jahren jährlich beantragt wurden;
6. wie viele Freistellungen wegen Wehrübungen im Geschäftsbereich des Innenministeriums in den letzten vier Jahren jährlich beantragt wurden;
7. wie vielen Freistellungen in den beiden Geschäftsbereichen – dabei unter besonderer Aufführung des Justizvollzugs – davon jährlich entsprochen wurde;

8. wie viele Freistellungen in den beiden Geschäftsbereichen – dabei unter besonderer Aufführung des Justizvollzugs – wegen Unabkömmlichkeit jeweils jährlich verwehrt wurden;
9. inwieweit die personelle Situation im Justizvollzug so angespannt ist, dass Freistellungen wegen Wehrübungen grundsätzlich nicht mehr erfolgen;
10. inwieweit sie es als Möglichkeit des Ausdrucks besonderer Wertschätzung des belasteten Personals in den Geschäftsbereichen und dabei insbesondere im Justizvollzug betrachtet, wenn diesen die Freistellung für Wehrübungen unkompliziert gewährt wird.

14.06.2018

Dr. Goll, Hoher, Weinmann, Dr. Schweickert,
Dr. Aden, Haußmann, Keck FDP/DVP

Begründung

Das Verhältnis der Landesregierung zu Reservedienstleistungen soll beleuchtet werden.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 26. Juli 2018 Nr. 2400/0481 nimmt das Ministerium der Justiz und für Europa im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. *wie Freistellungen für Wehrübungen in den Geschäftsbereichen des Justizministeriums und des Innenministeriums unter anderem in Umsetzung des Gesetzes über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst geregelt sind, zumindest unter Darstellung des Rechtslage und der jeweils über Freistellungen entscheidenden Stellen unter anderem im Justizvollzug;*

Die Freistellung von Bediensteten zur Teilnahme an Wehrübungen erfolgt auf Grundlage des Gesetzes über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst (Arbeitsplatzschutzgesetz). Danach sind Beamtinnen und Beamte für die Dauer der Wehrübung mit Bezügen beurlaubt. Bei Tarifkräften ruht das Arbeitsverhältnis unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts. Im Falle von Wehrübungen aufgrund freiwilliger Verpflichtung gelten diese Regelungen nur, soweit die freiwillige Wehrübung allein oder zusammen mit anderen freiwilligen Wehrübungen im Kalenderjahr nicht länger als sechs Wochen dauert. Über die Freistellung entscheidet der Dienstvorgesetzte (im Justizvollzug sind dies die Justizvollzugeinrichtungen) beziehungsweise im Übrigen die personalverwaltende Dienststelle.

2. *welchen Stellenwert für sie Reservedienstleistungen haben;*

Der Reservistendienst dient dem Ziel, die Fähigkeiten der Bundeswehr bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu erweitern und zu verstärken und genießt aus diesem Grund einen hohen Stellenwert in der Landesregierung. Das Engagement von Reservistinnen und Reservisten ist wichtig und für die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes unerlässlich. Dabei sind auch die besonders wichtigen

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Aufgaben, die dem Reservistendienst im Rahmen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) und zur Unterstützung humanitärer Hilfsaktionen zukommen, hervorzuheben. So werden Reservistinnen und Reservisten beispielsweise als Mitglieder der Kreis- und Bezirksverbindungskommandos und in den drei Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanien des Landeskommandos Baden-Württemberg tätig. Mit seinen Aufgaben stellt der Reservistendienst zudem ein wichtiges Bindeglied zwischen der Gesellschaft und der Bundeswehr dar, wodurch die gesellschaftliche Akzeptanz der Streitkräfte gefördert wird.

3. inwieweit sie der Ansicht ist, dass Reservedienstleistungen über die dabei gesammelten Erfahrungen auch dem Dienstherrn in den beiden Geschäftsbereichen – dabei unter besonderer Aufführung des Justizvollzugs – zugutekommen;

Reservistinnen und Reservisten engagieren sich mit ihrem Einsatz für den Schutz und die Belange unseres Landes und fördern seine Funktionsfähigkeit. Ein solches Engagement gewährt den Bediensteten vielfältige Einblicke in öffentliche Aufgabenstellungen außerhalb der dienstlichen Tätigkeit und eröffnet ihnen die Chance, vorhandene Fähigkeiten auszubauen und sich sowohl fachlich als auch persönlich weiterzuentwickeln. Von diesen vertieften Kenntnissen und Erfahrungen können die Reservistinnen und Reservisten auch bei der Verrichtung ihrer dienstlichen Tätigkeit profitieren, was wiederum dem Dienstherrn zugutekommt.

In besonderem Maße gilt dies auch für den anspruchsvollen Dienst im Justizvollzug. Dieser profitiert aufgrund des regelmäßig herausfordernden Umgangs mit Gefangenen in besonderer Weise von außerhalb des Vollzugs erworbenen – lebenspraktischen – Erfahrungen.

4. wie sich die mögliche Wertschätzung der Reservedienstleistungen durch sie in ihren rechtlichen Regelungen, Hinweisen oder anderen Verlautbarungen ausdrückt;

Die Landesregierung schätzt die Arbeit der Reservedienstleistenden und der Reserveverbände und weiß die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu würdigen. Dies kommt bereits dadurch zum Ausdruck, dass Bediensteten des Landes regelmäßig unter Zurückstellung dienstlicher Interessen die Teilnahme an Wehrübungen ermöglicht wird.

Darüber hinaus würdigt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration die Leistungen der Bundeswehr und ihrer Reservistinnen und Reservisten durch die Mitwirkung an entsprechenden Veranstaltungen, etwa dem Streitkräfteempfang der Landesregierung. Die in der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit tätigen Reservistinnen und Reservisten werden zudem selbstverständlich bei allen Aktivitäten, die die Würdigung des Ehrenamts im Bevölkerungsschutz zum Gegenstand haben, berücksichtigt. Das Innenministerium hat zudem eine zentrale Vereinbarung mit dem Landeskommmando Baden-Württemberg über die institutionalisierte Zivil-Militärische Zusammenarbeit in Friedens- und Verteidigungsangelegenheiten getroffen.

5. wie viele Freistellungen wegen Wehrübungen im Geschäftsbereich des Justizministeriums und dabei unter besonderer Aufführung des Justizvollzugs in den letzten vier Jahren jährlich beantragt wurden;

6. wie viele Freistellungen wegen Wehrübungen im Geschäftsbereich des Innenministeriums in den letzten vier Jahren jährlich beantragt wurden;

7. wie vielen Freistellungen in den beiden Geschäftsbereichen – dabei unter besonderer Aufführung des Justizvollzugs – davon jährlich entsprochen wurde;

8. wie viele Freistellungen in den beiden Geschäftsbereichen – dabei unter besonderer Aufführung des Justizvollzugs – wegen Unabkömmlichkeit jeweils jährlich verwehrt wurden;

In den abgefragten Geschäftsbereichen wurden in den vergangenen vier Jahren insgesamt 168 Freistellungen wegen Wehrübungen beantragt. Mit insgesamt 86 An-

trägen entfiel dabei mehr als die Hälfte auf den Justizvollzug. Von den 168 Anträgen konnten insgesamt 166 Anträge bewilligt werden.

Im Geschäftsbereich des Justizvollzugs kam es bei 84 bewilligten Anträgen nur zu zwei – dienstlich begründeten – Ablehnungen. Die Freistellungen wurden dabei jeweils nur verschoben und im Einvernehmen mit den Antragstellern für andere Wehrübungen später bewilligt. In einem Fall musste eine bewilligte Wehrübung zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs in Absprache mit der zuständigen Stelle der Bundeswehr vorzeitig beendet werden.

Einzelheiten zu den Fallzahlen für die abgefragten Geschäftsbereiche können den nachstehenden Tabellen entnommen werden.

	Anträge auf Freistellungen wegen Wehrübungen		
	Anzahl der Anträge (Fragen 5 und 6)	davon bewilligt (Frage 7)	davon verwehrt wegen Unabkömmlichkeit (Frage 8)
Geschäftsbereich	Ministerium der Justiz und für Europa – ohne Justizvollzug –		
2014	3	3	0
2015	13	13	0
2016	3	3	0
2017	11	11	0
Geschäftsbereich	Ministerium der Justiz und für Europa – Justizvollzug –		
2014	10	10	0
2015	20	20	0
2016	15	15	0
2017	41	39	2
Geschäftsbereich	Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration		
2014	4	4	0
2015	13	13	0
2016	14	14	0
2017	21	21	0

9. inwieweit die personelle Situation im Justizvollzug so angespannt ist, dass Freistellungen wegen Wehrübungen grundsätzlich nicht mehr erfolgen;

Mit Blick auf die in der Antwort zu den Fragen 7 und 8 mitgeteilten Fallzahlen wird deutlich, dass der Justizvollzug trotz der aktuell insbesondere durch die Überbelegung der Justizvollzugsanstalten des Landes hervorgerufenen erheblichen Belastungen bemüht ist, den Reservistendienst zu unterstützen. Freistellungen wegen Wehrübungen werden daher grundsätzlich bewilligt.

10. inwieweit sie es als Möglichkeit des Ausdrucks besonderer Wertschätzung des belasteten Personals in den Geschäftsbereichen und dabei insbesondere im Justizvollzug betrachtet, wenn diesen die Freistellung für Wehrübungen unkompliziert gewährt wird.

Aufgrund der wichtigen öffentlichen Aufgabe, die Reservedienstleistende in der Gesellschaft übernehmen, werden alle Anstrengungen unternommen, um Freistellungen für die Ableistung von Wehrübungen unkompliziert zu gewähren. Dies gilt aus den genannten Gründen ausnahmslos auch für den Justizvollzug und wird durch die in der Antwort zu den Fragen 5 bis 8 mitgeteilten Fallzahlen belegt.

Wolf

Minister der Justiz
und für Europa